

# Flüchtlingspolitischer Aufruf

Mit der Einführung des Zuwanderungsgesetzes zum Beginn dieses Jahres waren weit reichende Hoffnungen verbunden, für Flüchtlinge, geduldete Menschen und Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus werde sich die Situation deutlich verbessern. Vor allem die Abschaffung der so genannten Kettenduldungen war ein Kernelement des Kompromisses, das langjährig hier lebenden Menschen endlich einen gesicherten Aufenthaltsstatus hätte geben sollen.

In den ersten Monaten nach Einführung hat sich jedoch gezeigt: Die Hoffnungen waren unbegründet. Eine restriktive Anwendungspraxis hat zur Folge, dass nur ein Bruchteil der Betroffenen tatsächlich eine Aufenthaltserlaubnis erhält.

Im Gegenteil: Viele Beratungsstellen beobachten eine immer härter werdende Abschiebungspraxis. Seit Mai dieses Jahres sind auch Abschiebungen bestimmter Minderheiten in den Kosovo möglich, andere Minderheiten werden vermutlich in naher Zukunft folgen.

In der Realität handelt es sich hierbei oft um Familien, die seit 15 Jahren und mehr bei uns leben, deren Kinder im Münsterland geboren sind und hier zur Schule gehen. Das Münsterland ist ihre Heimat geworden. Das Herkunftsland ist fremd, oftmals kennen sie es nur von Erzählungen oder von Fotos, sprechen seine Sprache nicht.

Fast täglich ist auch in unserer Region zu erleben, was es insbesondere für Kinder heißt, ohne sicheren Aufenthaltsstatus leben zu müssen: Mitschülerinnen und Mitschüler erscheinen nicht mehr zum Schulunterricht, weil sie abgeschoben worden sind. Jugendliche erhalten keine Ausbildungsstelle, weil sie nicht das richtige Aufenthaltspapier

besitzen. Kinder kommen nicht zur Schule, weil sie Angst haben, die Polizei hole sie aus dem Unterricht, da sie abgeschoben werden sollen.

Wir, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsberatungsstellen, Kirchen, Gewerkschaften und andere Organisationen halten die gegenwärtige Praxis für inhuman und besonders gegenüber Kindern und Jugendlichen für inakzeptabel. Wir fordern daher die Landtags- und Bundestagsabgeordneten, die Parteienvertreterinnen und -vertreter und andere politisch verantwortliche Menschen im Münsterland auf, sich mit diesem oft verdrängten Thema zu beschäftigen und Position zu folgenden Forderungen zu beziehen. Denn die gegenwärtige Praxis ist eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats oftmals schlicht unwürdig – und menschlich nicht nachvollziehbar.

## **Erstunterzeichner des Flüchtlingspolitischen Aufrufs**

Friedrich Ostermann – Weihbischof im Bistum Münster

Diakonisches Werk der Ev. Kirche von Westfalen

Caritasverband für die Diözese Münster

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Münster

Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Westliches Münsterland

Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Münsterland

Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl

Flüchtlingsrat NRW

# Bleiberecht für langjährig Geduldete

Rund 200.000 Menschen leben seit vielen Jahren ohne eine sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland, etwa 70.000 davon in Nordrhein-Westfalen und viele tausend im Münsterland. Mit dem Zuwanderungsgesetz sollten Kettenduldungen abgeschafft werden. In der Praxis zeigt sich, dass dieses Ziel nicht annähernd erreicht wird. Die unzureichenden Gesetzesformulierungen werden von den Innenministerien und den Ausländerbehörden durch eine restriktive Auslegung nochmals verschärft. Selbst Jugendliche und Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind, haben kaum Chancen, ein Aufenthaltsrecht zu erreichen.

Darüber hinaus führt die restriktive Auslegung der Beschäftigungsverfahrensverordnung und die Zuständigkeit der Ausländerbehörden im „One-Stop-Government“ dazu, dass viele Geduldete im Zuge der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes ihren Arbeitsplatz verloren haben; Jugendliche können keinen Ausbildungsplatz antreten. Die Betroffenen werden zu Lasten der Kommunen in die Sozialsysteme gedrängt.

- **Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, für eine großzügige Bleiberechtsregelung für Geduldete einzutreten: Alleinstehende, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, und Familien mit Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland leben, müssen einen dauerhaften gesicherten Aufenthaltstitel erhalten.**
- **Wir bitten die politisch Verantwortlichen, sich für eine Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Geduldete einzusetzen.**
- **Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, die Beschäftigungsverfahrensverordnung so zu verändern, dass jugendliche Geduldete einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang erhalten.**
- **Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich dafür einzusetzen, den Übergang von der Duldung zur Aufenthaltserlaubnis so zu erleichtern, dass Kettenduldungen künftig tatsächlich verhindert werden.**

# Abschiebungspolitik

Aufgrund der restriktiven Asylpraxis der vergangenen Jahre wurde eine Vielzahl von Schutzbedürftigen im Asylverfahren nicht anerkannt. Trotz der gravierenden Sicherheitsprobleme in den Herkunftsländern drängen die Innenminister auf Abschiebungen in Länder wie Irak, Afghanistan, Togo oder in den Kosovo.

Auch individuelle Gesichtspunkte – wie Krankheit, Traumatisierung oder familiäre Gründe – schützen heute kaum noch vor einer Abschiebung. Bei der Durchsetzung der Abschiebung wird das Mittel der bis zu 1,5 Jahre andauernden Abschiebungshaft exzessiv angewendet – auch im Münsterland. Sogar Minderjährige sind hiervon betroffen.

- **Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, sich dafür einzusetzen, traumatisierte und kranke Menschen besser als bisher vor Abschiebung zu schützen.**
- **Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, dafür einzutreten, Familientrennungen durch Abschiebungen rechtlich zu unterbinden.**
- **Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, die Rechtsgrundlagen der Abschiebungshaft zu reformieren und die Anordnung von Abschiebungshaft gegenüber Minderjährigen im Aufenthaltsgesetz generell zu verbieten.**

# **„Illegaler“ Aufenthalt**

Mehr als eine Million Menschen leben ohne Papiere und ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland – vermutlich mehrere tausend auch im Münsterland. Dazu gehören Menschen, die aufgrund des restriktiven Asyl- und Ausländerrechts in die Illegalität gedrängt worden sind, und Opfer von Menschenhandel, die zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nach Deutschland gebracht wurden. Ihnen wird der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und den sozialen Sicherungssystemen verwehrt. Sie haben kaum eine Chance, ihre Lohnansprüche und Schutzrechte gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Wer illegalisierten Menschen hilft, kann sich strafbar machen.

- **Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, auch in Deutschland illegalisierten MigrantInnen die Möglichkeit eines legalen Aufenthalts zu geben, wie dies in vielen europäischen Staaten immer wieder geschehen ist.**
- **Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, Menschen ohne Papiere den Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und sozialen Mindestrechten zu ermöglichen.**
- **Wir bitten die politisch Verantwortlichen, sich dafür einzusetzen, dass „Illegale“ ihre Lohnansprüche und andere Schutzrechte vor Gericht effektiv einklagen können.**
- **Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich dafür einzusetzen, dass Personen und Organisationen, die sich aus humanitären Gründen um Menschen ohne Papiere kümmern, straffrei bleiben.**

# Flüchtlingspolitischer Aufruf

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift den Flüchtlingspolitischen Aufruf:

	Name, Vorname	Organisation	Funktion	Adresse	Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

Bitte senden Sie die ausgefüllten Unterschriftenlisten an eine der folgenden Organisationen:

SkF Lüdinghausen  
Liudostr. 13  
59348 Lüdinghausen  
Fax: 02591-23510

Caritas Borken  
Turmstr. 14  
46325 Borken  
Fax: 02861-945899

GGUA-Flüchtlingshilfe  
Südstr. 46  
48153 Münster  
Fax: 0251-144610